Bundesentwicklungsminister Müller kündigt deutsche Investitionsoffensive für urbane Mobilität an



Bundesminister Dr. Gerd Müller hat anlässlich einer Fachkonferenz zu nachhaltigen Stadtkonzepten und städtischer Mobilität auf die Bedeutung urbaner Infrastruktur für die Erreichung der internationalen Klima- und Entwicklungsziele hingewiesen.

Müller: ?Jede Woche ziehen 1,4 Millionen Menschen in Städte ? vor allem in Asien und Afrika. Es wird damit gerechnet, dass sich der Autoverkehr in den Städten bis 2050 verdreifacht. Wir benötigen deshalb eine weltweite Verkehrswende. So können wir den Klima-Kollaps abwenden, die Wirtschaft stärken und Milliarden Menschen durch Zugang zu Arbeit und Bildung aus der Armut holen und ihre Lebensqualität steigern.?

Im Jahr 2050 werden mehr Menschen in Städten leben, als heute die Welt bevölkern. Vor allem auf Städte in Entwicklungs- und Schwellenländern kommen aufgrund des dortigen Bevölkerungswachstums große Herausforderungen zu.

Im Rahmen des von der Kreditanstalt für Wiederaufbau organisierten Fachgesprächs ?MEGA.SMART.CITY? kündigte Bundesminister Müller eine ?Deutsche Initiative für transformative urbane Mobilität? an. Diese soll auf der im kommenden Monat im ecuadorianischen Quito stattfindenden Habitat III Weltkonferenz für Siedlungswesen und nachhaltige Stadtentwicklung vorgestellt werden. Ziel der Initiative ist es, in Zusammenarbeit mit deutschen Unternehmen Entwicklungs- und Schwellenländern technisches Know-how und Mobilitätslösungen zur Verfügung zu stellen und in eine globale Verkehrswende zu investieren.

Entwicklungszusammenarbeit und städtische Infrastruktur sind eng verbunden: Mit Unterstützung des BMZ engagieren sich bereits über 500 deutsche Kommunen in der Entwicklungspolitik. Sie stellen ihr Wissen Kommunen in Entwicklungs- und Schwellenländern zur Verfügung und beraten bei der Organisation der Verwaltung, dem Betrieb von Krankenhäusern oder bei der Trinkwasserversorgung.

Bild: Dr. Gerd Müller, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung; Quelle: Büro MdB Müller